

Desaster mit Nachspiel

Vor 50 Jahren endete die Geiselnahme von Entebbe blutig. Die terroristische Tat hatte weitreichende Folgen - auch für die Linke

Von Gerhard Hanloser

Die Entführung eines Passagierflugzeugs der Air France am 27. Juni 1976 und ihre verheerenden Folgen sind weniger stark im kollektiven Gedächtnis verankert als beispielsweise jene der »Landshut«-Maschine im Deutschen Herbst 1977. Beide Male versuchten palästinensische bewaffnete Luftpiraten, die Entlassung mehrerer politischer Gefangener zu erzwingen. Im Gegensatz zu der bekannteren Entführung des Flugzeugs »Landshut« nach Mogadischu waren an der ein Jahr früher erfolgten Geiselnahme auch deutsche Militante beteiligt. Es waren die Gründungsmitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) aus Frankfurt am Main, Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann. Zusammen mit bewaffneten Militanten der »Volksfront zur Befreiung Palästinas - External Operation« (PFLP-EO) kaperten sie ein Flugzeug, das von Tel Aviv aus über einen Zwischenstopp in Athen nach Paris fliegen sollte, und lenkten es über eine Zwischenstation in die ugandische Stadt Entebbe.

Die RZ hatten genauso wie die Rote Armee Fraktion (RAF) ihre Wurzeln in der sich radikalisierten Außerparlamentarischen Opposition (APO) der Bundesrepublik. Sie wollten einen strategisch und inhaltlich etwas anders gelagerten Weg des »bewaffneten Kampfes« gehen als die RAF. Vorgesehen war nicht eine komplette Illegalisierung der Stadtguerilleros, sondern die RZ-Aktivist:innen sollten weiterhin auch in den diversen Strukturen der legalen radikalen Linken agieren. Neben antiimperialistischen Aktionen, vornehmlich gegen den von den USA unterstützten Putsch in Chile von 1973, und sozialrevolutionären Aktionen, die den antikapitalistischen und antipatriarchalen Kämpfen von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen helfen und ihre Feinde angreifen sollten, nannten die ursprünglichen RZ ausdrücklich »Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD« als Feld ihres Wirkens.

Gefangenenerbefreiung

In der Frühphase der Organisation zählte zu dieser antizionistischen Ausrichtung offensichtlich eine inhaltlich-strategische wie logistisch-organisatorische Zusammenarbeit mit der marxistisch-leninistischen Kaderorganisation PFLP. Diese Art der politischen Verbindung hatte auch einen nicht unproblematischen Aspekt, was den RZlern selbst durchaus bewusst war, wie eine Aussage in einem Selbstinterview der RZ aus dem Jahr 1975 deutlich macht. Darin bekundeten sie, dass es eine politische Bestimmung in ihrer Politik geben würde, die »viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren und die auch die Massen nicht verstehen und die sie vorläufig auch nicht interessieren

wird«. 1976 ging es aber in erster Linie um die Befreiung gefangener Genossinnen und Genossen. Nach den Aussagen des RZ-Mitglieds Rudolf Schindler hätten Böse und Kuhlmann die Möglichkeit gesehen, »sich einer genialen und garantiert unblutigen Aktion der PFLP anzuschließen, durch die ein halbes Hundert Palästinenser aus israelischen Gefängnissen befreit werden sollten. Die PFLP sei daran interessiert, durch deutsche Beteiligung ihren Konflikt mit Israel zu internationalisieren und die Freilassung von Ulrike Meinhof und anderen RAF-Gefangenen in ihre Forderung mitaufzunehmen.«

Sieben Tage nach der Entführung, am 4. Juli 1976, starteten israelische Spezialeinheiten eine spektakuläre Militäroperation namens »Operation Thunderbolt«. Die insgesamt sieben palästinensischen und deutschen Geiselnahmerinnen und Geiselnahmer wurden gezielt getötet und die 102 Geiseln befreit, drei von ihnen starben im Kugelhagel. In davor stattfindenden Kampfhandlungen zwischen ugandischen Wachsoldaten und israelischen Kommandotrups wurden über zwanzig ugandische Armeeangehörige sowie der Einsatzleiter der israelischen Spezialeinheit, Jonathan Netanjahu, der Bruder des amtierenden israelischen Premierministers, als einziges Opfer auf israelischer Seite ebenfalls getötet. Der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte damals in seiner Rolle als Oppositionsführer der CDU im Deutschen Bundestag: »Israel hat der Welt ein Beispiel gegeben, wie man mit entschlossenem und verantwortungsvollem Handeln den internationalen Terror eindämmen kann.« Aus dem Haus des Medienkonzerns Springer wurde verkündet: »Die Israelis haben einen Sieg für die ganze freie Welt errungen.« Objektiv betrachtet war die Operation eine Anwendung militärischer Gewalt auf fremdem Staatsgebiet und lief daher grundsätzlich dem Gewaltverbot nach Artikel 2 Abs. 4 der UN-Charta zuwider.

Die bereits damals traditionsreiche Solidaritätszeitung *iz3w (Blätter des Informationszentrums 3. Welt)* aus Freiburg im Breisgau bezog sich auf das Völkerrecht und kritisierte, dass die Industrieländer die israelische Aktion rechtfertigten, die israelische Verletzung der Charta der Vereinten Nationen wortlos hinnahmen und »alleine den individuellen Terror verdammt wissen« wollten, welcher dem globalen System schaden wolle, es jedoch eher stabilisieren würde. Währenddessen übertraf die Vielzahl von sogenannten K-Gruppen wie KPD/ML, KPD-AO und Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) sich selbst in militant-antiimperialistischer Phrasendrescherei. Differenzierender wurde im damals recht einflussreichen *Arbeiterkampf*, der Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB), erklärt, dass es nur vordergründig um die Rettung unschuldiger Menschen gegangen sei. Israel würde die Avantgarde des Imperialismus darstellen, welcher schlicht sein Recht auf Aggression durchsetze – »zum Beispiel, wenn Staaten der ›Dritten Welt‹ auf den Gedanken kommen sollten, sich gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe zu wehren«. Das besonders Perfide sei nun jedoch, dass »diese Kampagne sich diesmal besonders gut hinter dem ›menschlichen‹ Interesse an der Befreiung der Geiseln und der in der faschistischen Vergangenheit begründeten Sympathie für Israel verstecken konnte«. Die DKP-nahe *Deutsche Volkszeitung* blieb stärker der antifaschistischen Tradition verpflichtet und äußerte sich in deutlichen Worten zu dem Terror »bundesdeutscher Anarchisten«, welcher einer Logik der »Degradierung des Menschen zum Handelsobjekt« folge. Historische Parallelen und Erinnerungen an Gewalt gegen Juden, die von Deutschen ausgeübt wurden, sollte man nicht sofort von der Hand weisen.

Gleichzeitig machte der von dem prominenten Mitglied der Deutschen Friedensunion Hans-Werner Bartsch verfasste Text deutlich, dass die israelische Regierung in den widerrechtlich besetzten Gebieten als »Terrorregime« agiere und damit Terror selbst hervorgerufen habe.

Endpunkt revolutionärer Moral

Im Januar 1978 erschien in der Frankfurter Theoriezeitschrift der undogmatischen Linken *Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft* unter dem Pseudonym M. Lubetsky eine tiefgreifende Abrechnung mit der Politik des bewaffneten Antiimperialismus, wie sie von der RAF und auch den RZ propagiert und ausgeführt wurde. Der Text trug den vielsagenden Titel »Stammheim und Tel Zaatar. Versuch über Moral und Politik«. Tatsächlich ging es den RZ-Militanten – allen voran der 29jährigen Brigitte Kuhlmann – darum, die gefangenen Genossen endlich aus den Gefängnissen zu befreien. Besonders Ulrike Meinhofs Zustand sorgte für Beunruhigung. Für die Aktivisten der PFLP-EO wiederum dürfte die Situation im Flüchtlingslager Tel Al-Zaatar in Beirut, das seit Januar 1976 von libanesischen christlichen Milizen belagert worden war, ein entscheidendes Motiv gewesen sein. Die palästinensischen Kämpfer dort drohten aufgerieben und massakriert zu werden. Mittels der Entführung sollte Handlungsfähigkeit bewiesen werden.

Der in Frankfurt am Main ansässige Marxist Moishe Postone, der sich hinter dem Pseudonym Lubetsky verbarg, sah in der Aktion einen Endpunkt revolutionärer Moral erreicht. Der Antizionismus gehöre zum Internationalismus der Neuen Linken, dürfe sich dann aber gerade nicht gegen Juden, die in Palästina leben, richten. Vielmehr müsse sich ein emanzipatorisches Programm auch in den Aktionen selbst manifestieren. Die militanten Palästinenser verteidigte er vor dem Vorwurf des Nationalismus: »Ihr Nationalismus ist total verständlich, nicht nur moralisch, sondern auch materiell. Welche andere Haltung wäre denn möglich für Menschen, die vertrieben wurden und seither außerhalb jeder realen gesellschaftlichen Struktur gelebt haben: seit über einer Generation in Flüchtlingslagern, die permanent das Ziel brutaler israelischer Angriffe waren und von den arabischen Staaten in deren Konflikten untereinander als Spielball benutzt wurden?« Die linke Bewegung müsse »zu einer kritischen Unterstützung antiimperialistischer Bewegungen kommen«. Dies erfordere, den Konflikt in Palästina konkret zu untersuchen und zu erkennen, dass Kampfweisen wie in Algerien oder Vietnam hier nicht funktionieren können, da die Situation eine völlig andere sei. Außerdem sei auf »Glorifizierung des bewaffneten Kampfs im Ausland« ebenso zu verzichten wie auf das Springen von einem »Identifikationsobjekt« zum anderen. Besonders deutsche nichtjüdische Linke sollten Schuld und Verantwortung angesichts der Nazigeschichte stärker reflektieren.

Neben diesen klugen Beobachtungen arbeitete der Text Postones mit weitreichenden Spekulationen. So behauptete er, die Forderung nach Freilassung von politischen Gefangenen hätte das eigentliche Ziel verschleiert, nämlich Syrien und andere Staaten verstärkt gegen Israel auf und an die Seite der PLO und der PFLP zu bringen, und damit einen Block der Unnachgiebigen zu formen. Postone führte weiter aus: »Ich glaube, dass dieses Ziel die spezifische Form der Aktion erklärt. Zwei Tage, nachdem die Air-France-

Maschine Entebbe erreichte, wurden die etwa 150 nichtjüdischen Passagiere freigelassen. Die etwa 100 jüdischen Passagiere wurden als die eigentlichen Geiseln festgehalten. Und unter denen, die die Selektion der Passagiere in jüdische und nichtjüdische vornahmen (nicht etwa israelische und nichtisraelische, was schlimm genug gewesen wäre), waren junge Deutsche: Ich glaube nicht, dass dies ein Zufall war, sondern es war eine bewusste Inszenierung (ob die unmittelbar beteiligten Entführer dies nun realisierten oder nicht). Die Absicht war, so extrem zu provozieren, dass eine extrem gewalttätige israelische Reaktion ausgelöst würde. Der Welt wurde, wieder einmal, vorgeführt, wie Deutsche Juden und Nichtjuden voneinander selektierten.« Eine ungeheure Welle traumatischer Erinnerungen wäre ausgelöst worden. »Alle kleinen Erfolge, die progressive Antizionisten bei ihrem Versuch, die enge Verbindung von jüdischem Selbstverständnis und Zionismus zu brechen, erzielt hatten – eine Verbindung, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer so allgemeinen wurde –, waren weggefeht. Die Absicht war, eine Einheitsfront aller palästinensischen Gruppen und Araber gegen alle Israelis und Juden herzustellen, alle Konflikte innerhalb der jeweiligen ›Lager‹ zu verkleistern, so dass jede Seite in der anderen die ›wirklichen Nazis‹ sah – eine Absicht, die nichts mehr mit einer progressiven Befreiungsbewegung zu tun hat.«

Die heutige Quellenlage bestätigt Postones Mutmaßung zur Absicht der Aktion nicht. So distanzierten sich sowohl PFLP als auch PLO von der Aktion, während die verantwortliche Splitterorganisation PFLP-EO mit einem Erfolg ihres Unternehmens zu rechnen schien. Durchaus korrekt scheinen Postones zeitgenössische pessimistische Bemerkungen jedoch in Hinsicht auf die Wirkung der Entführung und ihrer Folgen zu sein.

Willkommener Anlass

Die Aktion von Entebbe wurde rasch zu einem Vorwand für verschiedene Akteure, die bislang mit dem Milieu der radikalen Linken verbunden waren, sich von Internationalismus und Antiimperialismus ganz zu lösen. Der zwischen Nonkonformismus und Konformismus pendelnde Publizist Henryk M. Broder begründete in den 1980er Jahren seinen Abschied von der Linken mit Entebbe und wollte festgehalten wissen, dass die »deutschen Genossen«, wie er nur noch spöttisch formulierte, »ihren palästinensischen Freunden« geholfen hätten, indem sie anhand der Namen in den Pässen die Juden von den Nichtjuden separiert hatten. Er konstatierte: »Es war die erste ›Selektion‹ nach 1945.«

Nach dieser Polemik Broders wurde es bis in die frühen 1990er Jahre weitgehend still um den Fall Entebbe. Im Umbruchsjahr 1991 meldete sich schließlich eine Revolutionäre Zelle mit einer ungewöhnlichen Erklärung zu Entebbe, zur Jahre zurückliegenden Ermordung eines ehemaligen Genossen und zur Frage des »linken Antisemitismus« zu Wort. Der Text trug den Titel »Gerd Albartus ist tot«. Folgt man dieser Erklärung der RZ, die sich offensichtlich gerade in Abwicklung befand, dann fand in Entebbe eine »Selektion entlang völkischer Linien« statt: »Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser war umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den

Terror und die Grausamkeit des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen.« Das Dokument gilt damit als eines der wichtigsten Beispiele nicht nur linker Selbstkritik, sondern der Beweisführung, dass es einen originären »linken Antisemitismus« geben würde, der sogar zu mörderischen oder Mord in Kauf nehmenden Aktionen führe. Eine andere Revolutionäre Zelle bestritt dagegen im Mai 1992 diese Darstellung der Ereignisse in Entebbe kategorisch. Sie folge »bürgerlicher Medienpropaganda« und zeige ein »unsägliches Misstrauen gegenüber den eigenen beteiligten GenossInnen«. Gewertet wurde das Papier der anderen RZ-Gruppe als »Rundumschlag auf Kosten der kämpfenden Völker im Trikont«. Außerdem hieß es: »Eine Auswahl von Jüdinnen und Juden hat es nicht gegeben.« Am Ende wurde erklärt, »Strategie und Taktik bewaffneter Politik weiterzuentwickeln« stünde auf der Tagesordnung – nicht das Aufgeben.

Im Mai 1992 schob die sich selbstkritisch präsentierende Revolutionäre Zelle einen Text nach, in dem sie gegen diese Gegenreden anderer RZ-Gruppen und Einzelpersonen ihre Kritik am linken Antizionismus vertiefte: Dieser sei »keineswegs so unschuldig, wie er sich gibt. Er ist zu einem Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten subkulturellen Milieu der radikalen Linken geworden« und würde als Loyalitätstest gelten. Damit trafen die Autoren und Autorinnen sicher einen Punkt, und ihr öffentliches Abrücken von einer unkritischen Palästina-Solidarität und einem geschichtslosen Antizionismus war überfällig, kam allerdings Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zu spät. Schließlich war die RZ in den 1980er und frühen 1990er Jahren eher dafür bekannt, militant gegen die Ausländer- und Asylpolitik der Bundesrepublik vorzugehen. Die zerknirschte Selbstkritik, der heftige Streit und die Auflösungen der RZ-Gruppen fielen so in der Tat zusammen mit einer Welle des rechten Alltagsrassismus und »mit dem vorläufigen triumphierenden Siegeszug des Imperialismus über Trikont und Osteuropa«, wie es die orthodox-antiimperialistisch argumentierende RZ-Gruppe in ihrer Kritik formulierte.

Für die sich in den 1990ern formierenden »Antideutschen«, die allerdings lediglich eine aggressive Absetzbewegung von der Linken darstellten ([vgl. junge Welt vom 8.8.2025](#)), sowie für die interessierte Öffentlichkeit allgemein liegt mit der selbstkritischen RZ-Erklärung, die von »Selektion« und »völkischen Linien« sprach, ein entscheidendes Beweisstück vor, um der radikalen und militanten Linken generell Antisemitismus vorhalten zu können. Schließlich hatte die federführende RZ des »Gerd Albartus ist tot«-Papiers auch konstatiert: »Wir sind mittlerweile davon überzeugt, dass in Sachen Antisemitismus für uns ein immenser Nachholbedarf besteht.« Nicht alle nahmen ihr die Selbstkritik ab. Der *Konkret*-Publizist Wolfgang Pohrt las dies als »reumütige Bilanz«, die »den eigenen Abgang mit Bedeutungsschwere zu befrachten« trachte. Wo radikale Enthüllung geboten wäre, würde dieser Text der Revolutionären Zelle ausweichen und zu Beschwichtigungsformeln greifen. »Sie sind damit auf dem besten Weg, sich rückwirkend jede Legitimation ihrer Praxis zu entziehen, und, was dasselbe ist, ihre Heimkehr ins wiedervereinigte Deutschland vorzubereiten.«

Die Polemik von Pohrt ist nicht ganz halt- und grundlos. Weit erfolgreicher als die damals noch Illegalisierten der RZ hat schließlich der ehemalige Frankfurter Linksradikale Joseph »Joschka« Fischer, der einer militanten

Konkurrenzgruppe zur RZ entstammte, wiederholt auf Entebbe rekuriert, um seinen Weg zur Macht mit Läuterungserzählungen zu glätten. Der aktivistische Politologe Markus Mohr, Herausgeber des bislang umfangreichsten Buches über die »Legenden um Entebbe«, konnte detailliert nachzeichnen, wie Fischer, changierend zwischen biographischer Fälschung und passender Selbsterfindung, besonders in den Jahren von 1997 bis 2001 »Entebbe« nutzte, um sich zum »Freund Israels« zu stilisieren, der schon im Jahre 1976 über die Entführungstat entsetzt gewesen sein will – wofür sich jedoch keine Quelle finden lässt.

Späte Korrekturen

Der israelische Historiker und Soziologe Moshe Zuckermann hat in einem Aufsatz über Mythos und Ideologie der Befreiungsoperation von Entebbe im kulturellen Gedächtnis Israels die immerwährende Selbstviktimisierung und den ideologischen Nexus der israelischen Schoah-Erinnerung und des Entebbe-Ereignisses dargestellt und kritisiert. In israelischen Tageszeitungsberichten, Politikerstatements und kulturindustriellen Produkten zu Entebbe reichte die Tatsache, dass deutsche Terroristen dabei waren, bereits aus, um die Entführungstat mit den Konzentrationslagern in Verbindung zu bringen. Zuckermann kommt zu dem Schluss: »Klischee, antideutsches Ressentiment und interessen geleitete Ideologie bildeten dabei eine Rezeptionsmelange, die weder etwas mit dem realen Holocaust noch mit seiner authentischen Erinnerung und eben auch nicht unbedingt mit dem, was sich in Entebbe real zugetragen hat, zu tun haben muss.«

Vor dem Hintergrund dieses Rezeptionskontextes in Israel meldete sich in der Tageszeitung *Haaretz* im Jahre 2011 Ilan Hartuv, eine der damaligen Geiseln, zu Wort. Er wolle dem tradierten Mythos von der Selektion entgegentreten, denn »Entebbe war nicht Auschwitz«. Die Entführer hätten anhand der Pässe die Israelis von den Nichtisraelis getrennt, erklärte er. Einige der freigelassenen Passagiere seien Juden gewesen. Allerdings seien auch einige nichtisraelische Juden, die bei Tagesanbruch mit traditionellen Gebetsriemen zu beten begannen, den israelischen Staatsbürgern zugeordnet worden. Traumatische Szenen spielten sich ab. Die Entführer hätten aber im Gespräch versichert, sie positionierten sich nicht gegen Juden, sondern gegen Israel. Außerdem berichtet Hartuv von einem Wortwechsel zwischen einer Geisel und dem RZ-Mitglied Wilfried Böse. Einer der Entführten, ein Holocaustüberlebender, habe Böse seine KZ-Nummer gezeigt und ihm sinngemäß gesagt, dass Deutsche wohl immer gleich agieren. Böse sei darauf erbleicht und habe in der Erinnerung von Hartuv zitternd geantwortet: »Sie irren sich. Ich habe in Westdeutschland Terroranschläge verübt, weil das herrschende Establishment Nazis und Reaktionäre in seinen Dienst aufgenommen hat.« Er habe auch erklärt, er wisse sehr wohl, dass im September 1970 mehr Palästinenser durch Jordanier als durch Israelis umgekommen waren und syrische und christliche Milizen im libanesischen Bürgerkrieg die Palästinenser massakriert hatten – und nicht die Israelis. Aber er wolle den leidenden Palästinensern, die die Underdogs seien, helfen. Böse habe, so sagte hinterher eine Stewardess aus, im letzten Moment eine scharfe Handgranate aus dem Fenster geworfen, als das israelische Kommando die Flughalle stürmte und den 27jährigen sofort erschoss.

Auch der Historiker Robert Wolff, der ausführlich die Quellen studiert hat, zeigt sich recht zurückhaltend, wenn es um die subjektiven Gründe der deutschen RZ-Aktiven geht, sich an der Entführung zu beteiligen. Ungeachtet dessen wird in zuweilen triumphalistischer Weise Böse und Kuhlmann als Intention Antisemitismus unterstellt, was durch die Quellenlage aber nicht gedeckt ist. In einer aktuellen Veröffentlichung des der »antideutschen« Szene entstammenden Historikers Jan Gerber zu Entebbe wird sogar der gesamten Linken, die sich internationalistisch und kritisch gegenüber Israel positionierte, ein als Antizionismus kaschierter Antisemitismus unterstellt. Diese Veröffentlichung in der Edition Tiamat reiht sich inhaltlich gut ein in das Verlagsprogramm des mittlerweile vollkommen proisraelischen Herausgebers Klaus Bittermann, der zu Beginn seiner Verlegertätigkeit noch Schriften der Zionismuskritikerin Hannah Arendt herausgebracht hatte.

Jenseits dieser immer wiederkehrenden interessegeleiteten Instrumentalisierung des Desasters Entebbe bleibt die Entführung ein beschämendes Kapitel der militanten Linken. Die Revolutionären Zellen formulierten in ihrem selbstkritischen Papier vom Dezember 1991: »Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand im krassen Gegensatz dazu.« Dem kann kaum widersprochen werden. Dieses Kapitel des »roten Jahrzehnts« mit seiner bewaffneten Kollaboration mit und Parteinahme für militante Palästinenserorganisationen inklusive Gewalt gegen Zivilbevölkerung und Geiselnahme ist abgeschlossen. Der heutige radikale propalästinensische Aktivismus, beispielsweise von »Palestine Action Germany«, gegen eine Niederlassung des israelischen Rüstungskonzerns Elbit erfolgt im Rahmen zivilen, gewaltfreien Ungehorsams, obwohl auch diese politische Praxis von der Justiz in den Bereich des Terrorismus geschoben wird.

→ Gerhard Hanloser schrieb an dieser Stelle zuletzt am 9. Mai 2026 über die RAF-Militante Ulrike Meinhof, die vor fünfzig Jahren tot in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim aufgefunden wurde: [»Kritik und Waffen«](#).

<https://www.jungewelt.de/artikel/525034.linker-radikalismus-desaster-mit-nachspiel.html>